

GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
Interessenvertretungen der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Burckhard Radtke
Telefon: 361-2629

-Rundschreiben Nr. 25 vom 20. Oktober 2011

Haushaltsaufstellung 2012/13 Eckwertbeschlüsse des Senats vom 11.10.2012

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bremer Senat hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2011 die Eckwerte für die Haushaltsplanungen der konsumtiven Ausgaben in den Jahren 2012 und 2013 beschlossen. Die Schwerpunkte der finanziellen und inhaltlichen Ausrichtung bewegen sich im Rahmen der Vorgaben der Koalitionsvereinbarung und orientieren sich insbesondere an der bedingungslosen Einhaltung der Schuldenbremse.

Die Eckwerte bilden jetzt die Grundlage für die konkreten Vorentwürfe, die durch die Ressorts zu erstellen sind und bis zum 13. Dezember 2012 in den Fachdeputationen beraten werden. Hierzu gibt es aktuell in allen Dienststellen und Ämtern Detailplanungen für die Verwendung der beschlossenen Eckwerte.

Der Gesamtpersonalrat geht davon aus, dass in der nächsten Zeit den Personalräten die Budgetentwürfe der Ressorts bzw. der jeweiligen Dienststellen gem. § 67 Abs. 1 Bremisches Personalvertretungsgesetz vorgelegt werden. Im § 67 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes sind umfangreiche Mitbestimmungs- bzw. Beteiligungsrechte für örtliche Personalräte vorgesehen. Durch diese rechtlichen Vorgaben ergeben sich für die örtlichen Personalräte verschiedene Möglichkeiten sich in die Aufstellung von Haushaltsplänen und Personalprogrammen einzubringen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass u. a. Mittel für das Betriebliche Gesundheitsmanagement der Dienststellen in den Haushalt eingestellt werden müssen.

Auch die notwendigen Mittel für die Qualifikationsmaßnahmen der Personalräte müssen eingefordert werden. Gerade im Haushaltsjahr 2012 sind durch die Neuwahl der Interessenvertretungen besondere Fortbildungsbedarfe zu erkennen.

Im Zusammenhang mit den Eckwertbeschlüssen hat der Senat die Vorgaben zum weiteren Personalabbau festgesetzt. Danach beabsichtigt der Senat, in den Aufgabenbereichen Schule und Polizeivollzug 1,2%, bei den bürgernahen, personenbezogenen Dienstleistungen 1,6% sowie bei internen Dienstleistungen und senatorischen Behörden - soweit nicht personenbezogene Dienstleistungen erbracht werden - 2,6% Personalabbau. Von Personalkürzungen ausgenommen ist die Feuerwehr.

Der Senat hat es versäumt, die für 2012 und 2013 durch die anstehenden Tarifverhandlungen zu erwartenden Tarif- bzw. Besoldungssteigerungen ausreichend zu berücksichtigen. Eine Erhöhung der Personalkürzung, um die Personalkosten konstant zu halten, lehnen wir ab. Der Gesamtpersonalrat hat sich hierzu bereits kritisch gegenüber der Senatorin für Finanzen geäußert.

Der Senat plant, die detaillierten Haushaltsplanungen der Ressorts ab 13. Dezember 2012 zu einem Gesamthaushalt zusammenzuführen und der Bremischen Bürgerschaft im Februar 2012 zuzuleiten. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende April 2012 abgeschlossen werden.

Wir würden uns freuen, wenn wir über die Bewertung der Haushalte und die Aktivitäten der örtlichen Interessenvertretungen informiert werden. Ziel dabei ist es, die Argumente der örtlichen Personalräte in die Haushalts- bzw. Gesetzgebungsdebatte einzubringen. Dazu sind wir auf eure Unterstützung angewiesen.

Parallel werden wir im Arbeitskreis des Gesamtpersonalrats „Zukunftssicherung öffentlicher Dienstleistungen“ die Haushaltsplanungen bzw. -beratungen auch weiterhin kritisch begleiten. Der nächste Termin des Arbeitskreises findet statt am 30.11.2011 um 14.00 Uhr. Eine Einladung hierzu erfolgt rechtzeitig.

Mit kollegialen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende

Anlage